

Wolfgang Buschfort
Das Ostbüro der SPD

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 63

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

R. Oldenbourg Verlag München 1991

Das Ostbüro der SPD

Von der Gründung bis zur Berlin-Krise

Von Wolfgang Buschfort

ROU(1991)
00049

R. Oldenbourg Verlag München 1991

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Buschfort, Wolfgang:

Das Ostbüro der SPD : 1946–1958 / von Wolfgang Buschfort. –

München : Oldenbourg, 1991

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 63)

ISBN 3-486-64563-3

NE: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe

© 1991 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: Appl, Wemding

ISBN 3-486-64563-3

Inhalt

Einleitung	7
I. Die Anfänge einer Untergrundorganisation (1946–1948)	17
Flüchtlingsbetreuung und Flugschriften-Propaganda	18
Organisatorischer Ausbau	21
Berichte und Informanten	28
II. Der Aufbau eines Ostbüros in Berlin (1948)	33
Ausbau des Kuriersystems	36
Erste Festnahmen	38
Massenverhaftungen	46
Die Haftumstände	49
Die Entlassung Sigi Neumanns	53
III. Neuanfang und Ausbau (1948–1952)	55
Geheimdienstkontakte	57
Schwieriger Neubeginn	64
Ausbau der Berliner Zweigstelle	66
Die Rundfunksendungen	71
Die Schriftenreihen	75
Umstrukturierung 1951	79
Aufbau von Grenzsekretariaten	82
Ausbau der internationalen Kontakte	84
Verstärkte Inlandsaufklärung	87
IV. Das Ostbüro und der 17. Juni 1953	92
Verstärkte Propaganda	98
Zusammenarbeit mit dem Gesamtdeutschen Ministerium	106
V. Verlagerung und Behinderungen der Arbeit (1954–1958)	109
Kontakte zur Gruppe um Wolfgang Harich	113
Spionage des Staatssicherheitsdienstes	116
Veränderungen nach Wehners Wahl in den Parteivorstand	121
Zusammenfassung	124

Quellen und Literatur	127
Abkürzungen	135
Personenregister	139

Einleitung

Anfang 1946 gründete die SPD eine Organisation, die aufgrund ihrer Funktion im Osten Deutschlands über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg zur Zielscheibe kommunistischer Agitation werden sollte: das Ostbüro. Entstanden auf Initiative Kurt Schumachers, hatte das Büro zunächst die Aufgabe, Ostflüchtlinge zu betreuen. Nachdem die SPD in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946 zwangsweise mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigt worden war, wandelten sich Auftrag und Bedeutung des Ostbüros entscheidend: Die Anlaufstelle für Flüchtlinge sollte nun Kontakt zu jenen Sozialdemokraten halten, die sich der Zwangsvereinigung widersetzen. Nachrichten aus dem Osten sollten in den Westen, sozialdemokratische Propaganda aus dem Westen in den Osten transportiert werden. Das Ostbüro entwickelte sich so zu einer Organisation mit Geheimdienstcharakter, und seine Mitarbeiter waren zunehmend gezwungen, sich im Interesse ihrer Arbeit konspirativer Methoden zu bedienen.

Die bloße Existenz des Büros, das als Referat dem SPD-Parteivorstand direkt unterstellt war, löste in den fünfziger und sechziger Jahren bei den zuständigen Stellen im Osten Deutschlands hysterische Reaktionen aus. Seiner beträchtlichen Bedeutung zum Trotz ist es in der zeitgeschichtlichen Literatur bisher weitgehend vernachlässigt geblieben. Die Geschichte des Ostbüros der SPD ist ein blinder Fleck der Zeitgeschichtsforschung. Als Beispiel dafür kann ein Sammelband der Jungsozialisten von 1966 gelten. Darin kommen zwar etliche Personen zu Wort, die mit dem Ostbüro der SPD in enger Verbindung standen, auch Rudi Dux und Stephan Thomas, die das 20 Jahre lang bestehende Büro über 19 Jahre hinweg leiteten. Doch der Begriff „Ostbüro“ taucht in ihren Beiträgen nicht ein einziges Mal auf¹. Auch Autoren, die die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD und ihre Zwangsvereinigung detailliert schildern, erwähnen das Ostbüro nicht oder nur am Rande. So beschreibt Peter Lübke – im Zusammenhang mit den entsprechenden Agententheorien – ausschließlich die Rolle, die das Büro in bezug auf die Ereignisse des 17. Juni 1953 spielte². Frank Moraw, der die Arbeit der illegalen Gruppen in der SBZ bis 1948

* Die Literatur wird in den Anmerkungen nur mit Kurztitel zitiert; die vollständigen Angaben finden sich im Literaturverzeichnis.

¹ Vgl. Verschwörung gegen die Freiheit.

² Vgl. Lübke, Kommunismus und Sozialdemokratie, besonders S. 183 ff.

beleuchtet, stellt nur die Gründungsgeschichte des Ostbüros dar³. Frank Thomas Stößel hingegen nennt es in seiner Studie „Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954“ nicht einmal⁴. Publikationen von Mitarbeitern und Vertrauensleuten des Ostbüros, die in der SBZ (und in der späteren DDR) inhaftiert waren, bieten nur wenig zuverlässige Informationen über Kontakte der West-SPD zum Osten. Meist in Geständnisform und Großauflagen im Osten Deutschlands herausgebracht, enthalten sie zwar oft interessante Details, entstellen jedoch aus Propagandazwecken die genannten Vorgänge und Personen häufig bis zur Unkenntlichkeit⁵.

Ähnlich verhält es sich mit den Veröffentlichungen ostdeutscher Gesellschaftswissenschaftler zur Geschichte des Kalten Krieges, die in den siebziger oder achtziger Jahren entstanden: Hans Teller etwa – er fügte zeitgenössische Propagandaparolen gegen das Ostbüro mit verkürzten Zitaten aus neueren Arbeiten zusammen – zeichnet so ein Bild, in dem das SPD-Ostbüro als ein nicht unwichtiges Rädchen im System des internationalen Großkapitals erscheint und sogar für den Koreakrieg mitverantwortlich war⁶. Wie er, schöpfen gelegentlich auch bundesdeutsche Autoren ihr Wissen – sofern sie sich nicht allein auf Mutmaßungen verlassen – aus Berichten über drei Entschädigungsprozesse, die ehemalige Vertrauensleute des Ostbüros ab 1966 gegen die SPD führten⁷. Allein Karl-Wilhelm Fricke gibt in seinen Büchern über den Widerstand gegen die entstehende Parteidiktatur in der SBZ und in der späteren DDR einen kurzen Einblick in Aufgaben und Arbeitsweise des Ostbüros der SPD⁸. Von den Hauptakteuren des Ostbüros liegen keine Memoiren vor. Zwar hatte Stephan Thomas diese mehrfach angekündigt, doch starb er im Juni 1987, ohne sein Vorhaben realisiert zu haben. Nur wenige Zeitzeugen erwähnten in ihren Autobiographien ihre kurzen Kontakte zum Ostbüro: so Kurt Grabe, Ernst Thape und Karl J. Germer⁹. Auch Organisationen, die mit dem Ostbüro vergleichbar sind, wurden von der Forschung bislang kaum beachtet. Lediglich über die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ liegt inzwischen eine Monographie vor, die sich allerdings ausschließlich auf Zeitungsmaterial stützt¹⁰.

Mithin stellt das Ostbüro ein Stück deutsch-deutscher Geschichte dar, das bis heute im Dunkel des Kalten Krieges verborgen geblieben ist. Wer diesen aber zumindest annähernd umfassend darstellen wolle, der müsse – so Ernst Nolte schon 1974 – auch die Vergangenheit der Ostbüros der Parteien und „besonders

³ Vgl. Moraw, Die Parole.

⁴ Vgl. Stößel, Positionen.

⁵ Vgl. Kühne, Kuriere; Lohrenz, Hinter den Kulissen.

⁶ Vgl. Teller, Der Kalte Krieg gegen die DDR.

⁷ Vgl. Walde, ND-Report; Ruhland, Krieg auf leisen Sohlen.

⁸ Vgl. Fricke, Selbstbehauptung und Widerstand in der SBZ; ders., Opposition und Widerstand.

⁹ Vgl. Grabe, Vier Stationen; Thape, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold, S. 299; Germer, Von Grotewohl bis Brandt.

¹⁰ Vgl. Merz, Kalter Krieg.

das Ostbüro der SPD unter Stephan Thomas“ untersuchen¹¹. Letzteres versucht die vorliegende Arbeit trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die sich nicht zuletzt aus Charakter und Überlieferungslage der Originalquellen des Büros ergeben. Da das SPD-Ostbüro sich gezwungen sah, auch mit geheimdienstlichen Mitteln zu arbeiten, steht ein großer Teil des einschlägigen Aktenmaterials heute nicht mehr zu Verfügung. Vieles wurde vernichtet, ist verschollen oder unter Verschuß. Das inzwischen im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn befindliche Personenarchiv des Ostbüros ist nicht zugänglich, lediglich ein Teil des ebenfalls dort befindlichen Berichtsarchivs ist einzusehen. Andere Archivbestände konnten dieses Manko freilich zum Teil wettmachen: so der Bestand Schumacher, das Depositum Fritz Heine und der Nachlaß Arno Scholz im AdsD und das im Besitz von Irene Thomas befindliche Privatarchiv Thomas (PATH). Zudem bestand die Möglichkeit, die Akten des SPD-Parteivorstandes und der SPD-Bundestagsfraktion heranzuziehen. Da das Ostbüro der SPD großenteils konspirativ agierte, fertigten seine Mitarbeiter kaum schriftliche Aufzeichnungen an. Es erschien daher zweckdienlich, die ehemaligen festen Mitarbeiter des Ostbüros selbst zu befragen. Zwischen Juni 1986 und November 1988 konnten insgesamt 46 Interviews mit früheren Mitarbeitern des Ostbüros geführt werden, die überraschende Einblicke in die Entstehungsgeschichte und Arbeitsweise sowie in die ideologische Ausrichtung des Mitarbeiterstabes gewährten. Vieles, was sich in den Quellen wohl überhaupt nicht oder nur in undeutlichen Spuren findet, konnte so rekonstruiert und anschaulich gemacht werden.

Warum rief die SPD das Ostbüro ins Leben, und welche Funktion hatte es in den Jahren 1946 bis 1958, also von seiner Gründung bis zum Beginn seines Bedeutungsverlustes nach dem Stuttgarter Parteitag der SPD? Das ist, ganz allgemein formuliert, die Hauptfrage dieser Untersuchung. Im einzelnen geht es um folgende Komplexe: Für das Ostbüro der SPD waren sowohl Sozialdemokraten in der SBZ bzw. in der späteren DDR, als auch Sozialdemokraten im Westen Deutschlands tätig. Waren erstere in der Mehrzahl alte Genossen aus der Zeit der Weimarer Republik, oder engagierten sich vor allem die Jüngeren in der Widerstandsarbeit des Ostbüros? Gab es – von welcher Seite auch immer – Vergünstigungen für diese Arbeit? Und mit welchen persönlichen Folgen mußten Sozialdemokraten rechnen, deren illegale Tätigkeit aufgedeckt wurde? Auch im Hinblick auf die Mitarbeiter des Ostbüros in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik ist zu fragen, wer aus welchem Grund zu diesem Personenkreis zählte. Stammten sie aus den Westzonen oder West-Berlin, waren sie aus der SBZ bzw. der DDR geflüchtet oder nach früherer Emigration zu Zeiten der NS-Diktatur wieder zurückgekehrt? Mußten sie sich vor ihrer Einstellung einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen? Wie viele Mitarbeiter gehörten überhaupt zum Stamm des Ostbüros, und mit welchen Aufgaben waren sie betraut? Wie

¹¹ Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, S. 700, Anm. 130.

war die Arbeit in administrativer Hinsicht organisiert? Änderte sich die Organisationsstruktur des Ostbüros im Laufe der Zeit? Wer beeinflusste die Arbeit maßgeblich?

Das Ostbüro war als Referat direkt dem SPD-Parteivorstand unterstellt und in seine Arbeit eingebettet. Daraus ergibt sich die Frage, wie groß der Handlungsspielraum seiner Mitarbeiter eigentlich war. Was legte der Parteivorstand fest, wo handelte das Ostbüro eigenmächtig? Traten Spannungen auf zwischen der Leitung des Ostbüros und den Genossen im Parteivorstand? Als Organisation der gesamtdeutschen Sozialdemokratie gegen den Machtanspruch der Kommunisten in Deutschland ist das Ostbüro der SPD nur eine unter vielen Organisationen, die von den Westzonen bzw. der Bundesrepublik aus gegen die Machthaber im Osten Deutschlands aktiv wurden. Seine Arbeit ist darum in zeitgeschichtlicher, politischer und ideologischer Hinsicht genauer einzuordnen und von der Tätigkeit anderer Organisationen abzugrenzen. Zu fragen ist auch, was das SPD-Ostbüro erreichte und welche Außenwirkung es entfaltete, wo möglicherweise Fehler lagen und wie effizient es in seiner Tätigkeit war.

Die Motive, die zur Gründung des Ostbüros, dieser in der Geschichte der SPD einzigartigen Einrichtung, führten, sind nur vor dem Hintergrund der Entwicklung der unmittelbaren Nachkriegszeit und namentlich der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED zu verstehen. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Armee am 7. Mai 1945 in Reims und am 9. Mai in Berlin-Karlshorst konnten sich auch die Sozialdemokraten in Deutschland wieder einigermmaßen frei betätigen. Der Exilvorstand der SPD befand sich zu dieser Zeit noch in London, in den vier Besatzungszonen organisierten die Sozialdemokraten gemeinsam mit Kommunisten und gelegentlich auch Vertretern der bürgerlichen Richtungen sogenannte Antifa-Komitees, um zumindest eine Art Notstandsverwaltung dessen aufrechtzuerhalten, was von deutscher Staatlichkeit noch übriggeblieben war¹². Als erste Besatzungsmacht ließ am 10. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) politische Parteien wieder zu. Per „Befehl Nr. 2“ gestattete sie die Gründung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften. Schon am 11. Juni wurde daraufhin in Berlin die KPD gegründet; vom Ziel der Errichtung einer kommunistischen Diktatur nahm sie in ihrem ersten Aufruf Abstand. Gleichfalls in Berlin konstituierte sich am 15. Juni der „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei“, der sich zunächst auf die Arbeit in der Stadt selbst beschränkte. Vier Tage später bildeten die Genossen einen geschäftsführenden Vorstand, dem als gleichberechtigte Vorsitzende Otto Grotewohl, Max Fechner und Erich Gniffke angehörten. Am selben Tag trafen sich in Berlin je fünf Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunistischen Partei zu einem Gespräch, in dessen Verlauf die KPD-Delegation unter Walter Ulbricht eine Verschmelzung beider Parteien vehement ablehnte¹³.

¹² Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik, S. 10; Gniffke, Jahre, S. 28.

¹³ Vgl. Gniffke, Jahre, S. 84 f.

Wesentlich mehr Zeit nahm die Gründung der Parteien in den Westzonen in Anspruch. Im Mai 1945 richtete der ehemalige SPD-Reichtagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher in Hannover ein später nach ihm benanntes „Büro“ ein, in dem sich ohne Genehmigung der britischen Besatzungsmacht Sozialdemokraten aus der Stadt und ihrer Umgebung zusammenfanden. Auch in anderen Orten entwickelten sich so in den folgenden Wochen Parteiorganisationen auf kommunaler Ebene. Schumacher nahm während einer Reise nach Süddeutschland im Juli 1945 Kontakt zu ihnen auf. Sein Büro wurde mit der Zeit zur Schaltzentrale der SPD in der britischen und amerikanischen Zone, er selbst zur „absolut dominierenden Führungsfigur der SPD“¹⁴.

Um die Inhalte ihrer künftigen Politik aufeinander abzustimmen, trafen sich am 5. und 6. Oktober 1945 Sozialdemokraten aus allen Besatzungszonen mit Vertretern aus dem Londoner Exil in Wennigsen bei Hannover. Nach Intervention der französischen Besatzungsmacht mußten sie ihr ursprünglich geplantes Konferenzprogramm stark einschränken; die Obstruktionsstrategie, mit der die Franzosen der alliierten Deutschlandpolitik drei Jahre lang begegneten, sollte auch auf die Arbeit des Ostbüros Auswirkungen haben. Bereits zwei Wochen vor der Konferenz hatte Wilhelm Pieck den organisatorischen Zusammenschluß von SPD und KPD gefordert und damit eine überraschende Kehrtwendung seiner Partei vollzogen, die in der SPD einige Irritationen auslöste. Die Teilnehmer der Konferenz von Wennigsen erklärten daraufhin übereinstimmend, diese Frage stehe für sie zur Zeit nicht zur Diskussion. Nach Konferenzschluß trafen sich am 7. Oktober Grotewohl und Schumacher in Hannover, um zu klären, wer nun eigentlich die Gesamt-SPD vertrete; darauf hatten zuvor sowohl das Büro Schumacher als auch der sozialdemokratische Zentralausschuß in Berlin Anspruch erhoben¹⁵. Bis die Zonengrenzen aufgehoben würden, so einigten sich die beiden, solle der Zentralausschuß die Sozialdemokraten in der SBZ führen, Kurt Schumacher hingegen solle der Repräsentant der Partei in den drei Westzonen sein. Gleichzeitig vereinbarten Grotewohl und Schumacher, ihre Politik soweit wie möglich aufeinander abzustimmen¹⁶.

Hatte die Berliner SPD noch Mitte 1945 die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse gefordert, so war sie bis zur Konferenz von Wennigsen von dieser Position bereits wieder abgerückt und hatte sich der Haltung Schumachers und der Westzonen-SPD genähert. Anders die KPD, sie forderte weiter – und erst recht unter dem Eindruck ihrer vernichtenden Wahlniederlage am 4. November 1945 in Österreich –, die organisatorische „Einheit der Arbeiterklasse“ müsse so schnell wie möglich herbeigeführt werden. So rief Pieck zum 27. Jahrestag der Oktoberrevolution am 9. November 1945 dazu auf, SPD und

¹⁴ Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 227.

¹⁵ Vgl. Gniffke, Jahre.

¹⁶ Gniffke sieht dies in seinen Erinnerungen anders und betont, der Zentralausschuß in Berlin sei auch für die Westzonen-SPD zuständig gewesen; ders., Jahre, S. 96 f.

KPD mußten sich vereinigen. Doch Grotewohl distanzierte sich von diesem Ansinnen. Die Vereinigung auf Zonenebene, so erklärte er am 11. November, werde die Einheit im gesamtdeutschen Maßstab nicht fördern. Fünf Wochen später, am 20. und 21. Dezember 1945, trafen sich die ostdeutschen Sozialdemokraten zu ihrer sogenannten Sechziger-Konferenz. Grotewohl, inzwischen zur unbestrittenen Führungsfigur im Zentralausschuß aufgestiegen, kritisierte dabei die privilegierte Stellung der KPD im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Einen sofortigen Zusammenschluß von SPD und KPD sah auch die Entschließung dieser Konferenz nicht vor. Dennoch kündigte sich dieser schon wenige Tage später an. Aus der gesamten SBZ erhielt der Berliner Zentralausschuß Berichte, in denen er über die zum Teil unter Zwang gefaßten Beschlüsse zur Vereinigung beider Parteien auf Orts- und Kreisebene informiert wurde. Selbst SPD-Bezirksvorsitzende wie Otto Buchwitz in Sachsen, Heinrich Hoffmann in Thüringen und Carl Moltmann in Mecklenburg-Vorpommern verlangten die Zusammenführung von SPD und KPD. „Wenn in Berlin die Vereinigung nicht zustande käme“, so schildert Ernst Thape die Position des Pro-Einheits-Flügels, „würden sie in ihren Bezirken regional sich mit den Kommunisten zusammenschließen und dann mit den Vereinigungswilligen in den anderen Ländern eine eigene SED-Zentrale schaffen. [. . .] Da gab es für unseren Widerstand überhaupt keine Operationsbasis mehr, sondern nur noch persönliche Resignation.“¹⁷

Der Zentralausschuß befand sich in einem Dilemma. Am 15. Januar 1946 beschloß er, eine Vereinigung könne nur im gesamten Deutschland vorgenommen werden und auch bei künftigen Wahlen müßten beide Parteien mit getrennten Listen antreten; ein „Bruderkampf“ solle allerdings unterbleiben. Die Zensur sorgte aber dafür, daß der Beschluß totgeschwiegen wurde; Dresdener Zeitungen, die dennoch darüber berichteten, mußten eingestampft werden¹⁸. Am folgenden Tag lud Oberst Sergej Tulpanow von der Sowjetischen Militäradministration Mitglieder des Zentralausschusses und der KPD zu sich und trug ihnen die nächsten Schritte zur sich von unten her und auf sowjetischen Druck hin bereits vollziehenden Vereinigung der beiden Parteien vor.

Dieser Vereinigungstrend und namentlich der sowjetische Druck, der dahinter deutlich zu spüren war, sorgten im Büro Schumacher für helle Aufregung. Am 8. Februar 1946 trafen sich an der Zonengrenze, in Braunschweig, Kurt Schumacher und Herbert Kriedemann mit Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf. Deren Schilderung der Ereignisse in der SBZ übertraf die Befürchtungen der Westzonen-Genossen bei weitem. Eine Vereinigung, so erklärten Grotewohl und Dahrendorf, lasse sich nicht mehr verhindern – auch dann nicht, wenn sich der Berliner Zentralausschuß gegen den Zusammenschluß wende.

¹⁷ Thape, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold, S. 247 f.

¹⁸ Vgl. dazu und zum folgenden Gniffke, Jahre, S. 129 bzw. 138.

Schumacher legte Grotewohl daraufhin nahe, die Ost-SPD aufzulösen. Das sei nicht machbar, meinte Grotewohl; er wolle aber zumindest versuchen, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern den demokratischen Charakter der künftigen Einheitspartei zu sichern.

Wenig später erklärte sich Grotewohl dann mit einem auf die SBZ beschränkten SPD-Parteitag einverstanden, der die bevorstehende Vereinigung beschließen sollte. Schumacher reiste daraufhin nach Berlin, um herauszufinden, ob der Zentralausschuß bereit sei, in den Westsektoren Berlins eine eigenständige SPD aufrechtzuerhalten und die ostdeutsche SPD aufzulösen. Beides wollte der Zentralausschuß nicht, worauf Schumacher jeden Kontakt mit ihm abbrach¹⁹. Damit begründete der spätere SPD-Vorsitzende eine Haltung, die als „sozialdemokratische Hallstein-Doktrin“ bezeichnet worden ist: Die Westzonen-SPD unterband jeden Kontakt ihrer Parteigliederungen mit der SED, was selbst Kontakte auf Länderebene betraf, wie etwa Zusammenkünfte der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder²⁰.

Auch manche Mitglieder der Ost-SPD waren mit dem wenig entschlossenen Vorgehen ihrer Parteispitze nicht einverstanden. Insbesondere in den Westsektoren Berlins formierte sich unter Führung von Germer und Neubecker, zwei Mitgliedern des Zentralausschusses, eine Opposition gegen die Vereinigung. Sie forderten eine Urabstimmung, die dann am 31. März 1946 abgehalten wurde, allerdings nur im Westteil der Stadt. Das Ergebnis war deutlich: 82,2 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten lehnten eine sofortige Vereinigung von SPD und KPD ab, 62,1 Prozent befürworteten hingegen ein Bündnis, „welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt“²¹. Daraufhin bildete sich in den Westsektoren Berlins eine eigenständige SPD, die am 31. März 1946 in der gesamten Stadt zugelassen wurde. Der Zusammenschluß aber war durch die Urabstimmung nicht mehr aufzuhalten. Am 20. und 21. April 1946 versammelten sich im Berliner Admiralspalast die Delegierten der Ost-SPD zum Vereinigungsparteitag, dem 40. Parteitag der SPD. Gegen den Zusammenschluß mit der Kommunistischen Partei stimmten nur 21 von 445 Delegierten der Sowjetzone und aus Berlin, an ihrer Spitze Fritz Drescher²². Der – inzwischen so genannte – Parteivorstand in Hannover hatte bereits am 18. April entschieden, den Vereinigungsbeschluß nicht anzuerkennen, da die Delegierten des Berliner Parteitages nicht in geheimer Wahl bestimmt worden seien²³. Der erste gemeinsame Parteitag von Ost-SPD und KPD am 21./22. April 1946, der den Zusammenschluß besiegelte, war „formell gesamtdeutsch“²⁴, da 230 der

¹⁹ Gniffke schildert die Besprechung etwas anders. Die Frage einer selbständigen SPD in den Berliner Westsektoren erwähnt er nicht; vgl. ders., *Jahre*, S. 152 f.

²⁰ Vgl. Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung*, S. 187.

²¹ Osterroth/Schuster, *Chronik*, Band 3, S. 36.

²² Vgl. Thape, *Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold*, S. 250.

²³ Vgl. Osterroth/Schuster, *Chronik*, Band 3, S. 36.

²⁴ Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*.

1055 Delegierten aus den westlichen Besatzungszonen kamen. Die Vereinigung, so behauptete Erich Gniffke deshalb auch, werde „von gesamtdeutschen Parteitage[n] beider Parteien vollzogen“²⁵. Tatsächlich waren unter den 548 Delegierten des Berliner SPD-Vereinigungsparteitages auch 103 aus den Westzonen; allerdings ohne Mandat und nur deshalb, weil Grotewohl sich nicht an die mit Schumacher vereinbarte Abgrenzung der Interessensphären gehalten hatte.

Nachdem die Absicht der Sowjetischen Militäradministration und der KPD erkennbar war, eine Vereinigung von SPD und KPD herbeizuführen, verstärkte sich der Druck auf die Sozialdemokraten in der SBZ. Wenngleich unklar ist, wie viele SPD-Mitglieder im Zusammenhang mit der zwangsweisen Vereinigung beider Parteien verhaftet wurden, so steht doch fest, daß viele Sozialdemokraten verfolgt wurden, „die eine Fusion mit den Kommunisten für übereilt hielten oder grundsätzlich ablehnten“²⁶. Die SPD spricht von 20 000 Parteimitgliedern, die zwischen Dezember 1945 und April 1946 auf die eine oder andere Weise unter Repressalien zu leiden hatten. Viele seien gemäßregelt worden, hätten ihre Wohnungen und ihren Arbeitsplatz verloren, andere seien verhaftet und nicht wenige getötet worden²⁷.

Erich Krüger, der Rostocker Parteisekretär, wurde in seinem Büro erschossen, und Hermann Grünewald erlitt im November 1945 durch einen Genickschuß schwere Verletzungen²⁸. Schon vorher verhafteten die Sowjets die Polizeipräsidenten von Chemnitz und Berlin, die SPD-Mitglieder Günter Schwabe und Karl Heinrich, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die KPD damit „alte Rechnungen“ aus der Weimarer Zeit begleichen lassen wollte. Karl Heinrich starb in der Haft. Auch später zählten sozialdemokratische Polizeipräsidenten – wie 1947 Kurt Krippner in Zwickau²⁹ – vorrangig zu den in der SBZ Verhafteten.

Kurt Schumacher, der im Vereinigungsdrang der KPD schon früh deren Versuch gesehen hatte, zumindest im Osten Deutschlands die Macht zu erringen, fühlte sich durch die Berichte über die Zwangsmaßnahmen der Sowjets gegen Sozialdemokraten in seiner Anschauung bestärkt. Nicht das Verlangen nach „antifaschistischer Solidarität“ bestimmte seine Einschätzung, geprägt hatten ihn vielmehr vor allem seine Erfahrungen in der Weimarer Zeit: Das Paktieren der Kommunisten mit den Nationalsozialisten gegen die ungeliebte Republik, etwa im Streik der Berliner Verkehrsbetriebe, aber auch die feindselige Haltung, die die KPD in dieser Zeit der SPD gegenüber einnahm, waren ihm noch in frischer Erinnerung, und auch die von Stalin stammende und von führenden deut-

²⁵ Gniffke, Jahre, S. 164; Koch u. a., Versuch und Scheitern, S. 95 ff.

²⁶ Fricke, Warten, S. 69.

²⁷ Vgl. SPD-Pressedienst vom 26. 4. 1962.

²⁸ Archiv der sozialen Demokratie (AdSD), Ostbüro-Archiv, Band 0301, Manuskript der Rede Neumanns vor dem Europarat am 24. 6. 1957.

²⁹ AdSD, Ostbüro-Archiv, Band 0391, Bericht Voigts vom 9. 7. 1947.

schen Kommunisten stets wiederholte Äußerung, mit der die KPD sich der Bildung einer Einheitsfront gegen die Nationalsozialisten verweigerte, Sozialdemokratie und Faschismus seien „Zwillinge“³⁰, hatte Schumacher nicht vergessen. Schließlich hatte er auch den Stillhalte- und Legalitätskurs eines Großteils der Sozialdemokratie nach dem Staatsstreich in Preußen im Jahre 1932 als eine verhängnisvolle Kapitulation vor den totalitären Kräften strikt abgelehnt³¹. Schumacher, dieser Inbegriff des wehrhaften Sozialdemokraten, war nicht bereit, demokratisches Terrain kampflos antidemokratischen Kräften zu überlassen. Insofern erscheint es nur konsequent, daß er sich auch mit den Entwicklungen in der SBZ, mit dem „Parteistreich“ gegen die SPD im Sinne von Stalins Deutschlandpolitik, nicht einfach abfinden wollte.

Da eine SPD in der SBZ nun nicht mehr existierte und die SED sich anschickte, auch in den westlichen Besatzungszonen aktiv zu werden, war mit der Zwangsvereinigung auch die Übereinkunft von Wennigsen obsolet geworden, mit der beide sozialdemokratischen Führungen ihre Einflußgebiete gegeneinander abgegrenzt hatten. In Schumachers Konzeption spielten nun die opponierenden Sozialdemokraten in der SBZ eine wichtige Rolle. Als „unbedingte Verpflichtung“ habe er es verstanden, ihre Interessen wahrzunehmen, meint Moraw – „freilich so wie er sie sah“. Die SPD-Spitzenfunktionäre in der SBZ, zu denen Schumacher nach seinen Gesprächen in Berlin jeden Kontakt abgebrochen hatte, habe er dagegen ohne Unterschied als „Quislinge“ betrachtet³². Nach Auffassung der westlichen SPD war die Gleichschaltung ihrer Parteiorganisation in der SBZ inakzeptabel, sittenwidrig³³, und zudem war sie widerrechtlich erfolgt. Die SPD hielt deshalb ihren Anspruch aufrecht, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Auch nach der Zwangsvereinigung mit der KPD bestand die SPD in der SBZ für Kurt Schumacher de jure weiter. Es galt „nur“, die Hindernisse auszuräumen, die ihrer freien Betätigung im Wege standen. Wenn im Osten Deutschlands eine legale Tätigkeit nun ausgeschlossen schien, so war die SPD entschlossen, in der SBZ aus der Illegalität heraus zu wirken³⁴. Diesem Zwecke sollte von nun an das Ostbüro dienen.

*

Es ist mir ein großes Anliegen, denen zu danken, die mich bei der Arbeit an dieser Untersuchung in so vielfältiger Weise unterstützt haben. Mit Materialien und Hinweisen waren mir besonders Irene Thomas, Antje Sommer, Helmut Bärwald, Helmut Hiller, Dieter Rieke, Horst Koffke, Horst Becker und Hermann Kreutzer behilflich. Hans Jochen Vogel, der mir den Zugang zum Archiv der sozialen Demokratie ermöglichte, und den Mitarbeitern des Franz-Neu-

³⁰ Lübke, Kommunismus, S. 122 ff.

³¹ Vgl. Moraw, Die Parole, S. 75 f.

³² Moraw, Die Parole, S. 75 f.

³³ AdSD, Ostbüro-Archiv, Band 0301 III, Manuskript Schumachers für Pressekonferenz am 13. 12. 1947.

³⁴ AdSD, PV-Protokolle 1955, Manuskript Heines für die PV-Sitzung am 29./30. 4. 1955.